

Niederschrift

**über die 14. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Rates der Stadt Hilden am
Dienstag, 14.06.2011 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses**

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Bürgermeister Horst Thiele

Ratsmitglied

Herr Dr. Stephan Lipski	CDU	
Frau Claudia Schlottmann	CDU	
Herr Rainer Schlottmann	CDU	
Herr Norbert Schreier	CDU	
Herr Martin Schulte	CDU	
Herr Jürgen Spelter	CDU	
Frau Angelika Urban	CDU	
Frau Birgit Alkenings	SPD	
Herr Hans-Georg Bader	SPD	
Frau Anabela Barata	SPD	
Herr Manfred Böhm	SPD	
Herr Christoph Bosbach	SPD	
Herr Torsten Brehmer	SPD	
Herr Reinhold Daniels	SPD	
Herr Rolf Mayr	SPD	
Herr Hans-Werner Schneller	SPD	
Herr Dominik Stöter	SPD	
Herr Hans-Jürgen Weber	SPD	
Herr Kurt Wellmann	SPD	
Herr Rudolf Joseph	FDP	
Herr Thomas Remih	FDP	
Frau Martina Reuter	FDP	
Frau Heidi Weiner	FDP	
Frau Birgit Behner	BA/CDf	
Frau Sabine Kittel	BA/CDf	
Frau Dr. Christina Krasemann-Sharma	BA/CDf	BA/CDf
Herr Dr. Peter Schnatenberg	BA/CDf	
Herr Udo Weinrich	BA/CDf	
Herr Alfred Will	BA/CDf	
Herr Klaus-Dieter Bartel	Grüne	
Herr Hartmut Toska	Grüne	
Frau Susanne Vogel	Grüne	
Herr Prof. Dr. Ralf Bommermann	dUH	
Herr Werner Horzella	dUH	
Frau Marlene Kochmann	dUH	
Herr Günter Pohlmann	dUH	
Herr Friedhelm Burchartz	Freie Liberale	
Herr Dr. Heimo Haupt	Freie Liberale	

Herr Lothar Kaltenborn fraktionslos

Von der Verwaltung

Herr 1. Beig. Norbert Danscheidt

Herr Michael Witek

Herr Lutz Wachsmann

Herr Roland Becker

Herr Tobias Schlusche

Es fehlten:

Ratsmitglied

Frau Marion Buschmann CDU

Frau Dagmar Hebestreit SPD

Herr Walter Corbat BA/CDf

Herr Ludger Reffgen BA/CDf

Frau Ellen Reitz Grüne

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 CO-Pipeline der Firma Bayer-Material Science - Sachstandsbericht
- 3 Neubildung von Ausschüssen des Rates WP 09-14 SV
01/059
- 4 Neu- und Umbesetzungen in Ausschüssen WP 09-14 SV
01/060
- 5 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 5.1 Tribüne Bandsbusch
- 6 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen
- 6.1 Entscheidungshoheit in Personalangelegenheiten
- 6.2 OGATA in Hilden
- 6.3 Nächste Sitzung des Umwelt- und Klimaschutzausschusses

Zu Beginn wird eine Einwohnerfragestunde durchgeführt
mit einer zeitlichen Begrenzung von 30 Minuten.

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Bürgermeister Thiele, eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Rates, die Vertreter der Presse und die erschienenen Zuhörer. Er stellte fest, dass zu der Sitzung rechtzeitig eingeladen und die Unterlagen vollständig zugegangen seien.

Änderungen zur Tagesordnung

keine

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde meldete sich niemand.

1 Befangenheitserklärungen

keine

2 CO-Pipeline der Firma Bayer-Material Science - Sachstandsbericht

Hinsichtlich der CO-Pipeline gab es keine neuen Mitteilungen.

3 Neubildung von Ausschüssen des Rates

WP 09-14 SV
01/059

Eingangs der Beratungen zu diesem Tagesordnungspunkt stellte Rm. Dr. Haupt/FL erneut den Antrag, die Ausschüsse mit 8 Sitzen auf 11 Sitze zu erhöhen.

Bürgermeister Thiele wies darauf hin, dass der Wahlausschuss nicht auf 11 Sitze vergrößert werden könne, da nach dem Kommunalwahlgesetz dieser nur aus 6, 8 oder 10 Beisitzern bestehen dürfe.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt beschließt in Ergänzung/Abänderung des Beschlusses vom 25. Mai 2011

1. die Neubildung des Umwelt- und Klimaschutzausschusses in der Zusammensetzung
 - 6 Ratsmitglieder
 - 5 sachkundige Bürger/innen
2. die Neubildung des Sozialausschusses in der Zusammensetzung
 - 6 Ratsmitglieder
 - 5 sachkundige Bürger/innen
 - 4 ständige Berater
3. die Neubildung der GkA-Beratungskommission in der Zusammensetzung
 - 7 Ratsmitglieder
 - 4 sachkundige Bürger/innen
4. die Neubildung des Haushaltskonsolidierungsausschusses in der Zusammensetzung
 - 9 Ratsmitglieder
 - 2 sachkundige Bürger/innen
5. die Neubildung des Paten- und Partnerschaftsausschusses in der Zusammensetzung
 - 8 Ratsmitglieder
 - 3 sachkundige Bürger/innen
6. die Neubildung des Personalausschusses in der Zusammensetzung
 - 8 Ratsmitglieder
 - 3 sachkundige Bürger/innen
7. die Neubildung des Rechnungsprüfungsausschusses in der Zusammensetzung
 - 11 Ratsmitglieder
8. die Neubildung des Wahlprüfungsausschusses in der Zusammen-

setzung

- 9 Ratsmitglieder
- 2 sachkundige Bürger/innen

Abstimmungsergebnis (zum Antrag der Freien Liberalen):

Mehrheitlich beschlossen

SPD-Fraktion:	nein
CDU-Fraktion:	ja
Fraktion BA/CDf:	ja
FDP-Fraktion:	nein
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	ja
dUH-Fraktion:	ja
Fraktion Freie Liberale	ja
Ratsmitglied Kaltenborn	nein
Bürgermeister	Enthaltung

4 Neu- und Umbesetzungen in Ausschüssen

WP 09-14 SV
01/060

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt wählt und entsendet

a) in den Umwelt- und Klimaschutzausschuss
(s. Anlage)

in den Sozialausschuss
(s. Anlage)

in die GkA-Beratungskommission
(s. Anlage)

in den Haushaltskonsolidierungsausschuss
(s. Anlage)

in den Paten- und Partnerschaftsausschuss
(s. Anlage)

in den Personalausschuss
(s. Anlage)

in den Rechnungsprüfungsausschuss
(s. Anlage)

in den Wahlprüfungsausschuss
(s. Anlage)

c) auf Antrag der Fraktion BA/CDf

in den Stadtentwicklungsausschuss
als stimmberechtigtes Mitglied
(anstelle von Frau Birgit Behner)

Herrn Dr. Peter Schnatenberg

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

5 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

5.1 Tribüne Bandsbusch

1. Beigeordneter Danscheidt teilte mit, dass die Tribüne am Bandsbusch zur Zeit wegen eines Klageverfahrens gesperrt werden musste. Eine Erneuerung ist momentan nicht möglich, da das Gericht aus Gründen der Beweissicherung darum gebetene hat, bis zur Beweiserhebung den Zustand nicht zu verändern.

6 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

6.1 Entscheidungshoheit in Personalangelegenheiten

Rm. Weinrich reichte für die BA/CDf-Fraktion folgende Anfrage ein:

Der Niederschrift über die 76. Sitzung des Verwaltungsvorstands habe ich entnommen, dass der Verwaltungsvorstand a) zugestimmt habe, soweit Wiederbesetzungen von Stellen vorgesehen sind, diese im Vorfeld mit dem Haushaltsgutachter abzustimmen und dass b) die Dienstvereinbarung zum Leistungsentgelt zu Ungerechtigkeiten geführt habe und dass der Verwaltungsvorstand mit der vorgeschlagenen Änderung dieser Dienstvereinbarung einverstanden sei. Es habe sich gezeigt, dass bei der Umsetzung der Dienstvereinbarung „eine Regelung zu Ungerechtigkeiten führen kann.“.

Hinsichtlich der mit dem Gutachten abzustimmenden Stellenwiederbesetzungen habe der Verwaltungsvorstand „vorgeschlagenen Maßnahmen zu(gestimmt).“

Ich frage die Stadtverwaltung:

1. Welchen „vorgeschlagenen Maßnahmen“ hat der Verwaltungsvorstand am 7. Juni

2011 zugestimmt?

2. *Hält der Bürgermeister bei anstehenden Wiederbesetzungen die Abstimmung mit einem externen Gutachter und nicht die Beteiligung des vom Rat eingesetzten Fachausschusses für angemessen und ausreichend?*
3. *Welche Regelung der Dienstvereinbarung „Leistungsentgelt“ ist warum geändert worden?*
4. *Beabsichtigt der Bürgermeister, die jetzt geänderte Dienstvereinbarung „Leistungsentgelt“ dem Personalausschuss vorzulegen? Wenn ja, wann?*
5. *Werden von der Umsetzung dieser neuen Dienstvereinbarung auch die Beamten der Stadtverwaltung betroffen sein? Wenn ja, beabsichtigt der Bürgermeister, den Rat hierüber beschließen zu lassen, und zwar analog zum Ratsbeschluss vom 25. April 2007 zur fakultativen Einbeziehung der Beamten in das System einer leistungsorientierten Bezahlung?*
6. *Warum hat der Bürgermeister dem Personalausschuss nicht einen Erfahrungsbericht über die Umsetzung der Dienstvereinbarung „Leistungsentgelt“ vorgelegt, wie z. B. dem Umweltausschuss einen Erfahrungsbericht über die Laubsackausgabe?*
7. *Warum hat der Bürgermeister den Personalausschuss an der Ausarbeitung einer neuen Dienstvereinbarung nicht beteiligt?*
8. *Sind in den in 2011 gegenüber 2010 um rd. 62.000 EUR auf 345.000 EUR steigenden Aufwendungen für Leistungsentgelte auch die Beträge für die Beamtinnen und Beamten der Stadt enthalten?*
9. *Wie entwickelten sich seit Einführung der leistungsorientierten Bezahlung in der Stadtverwaltung die Aufwendungen für die tariflich Beschäftigten und für die Beamten?*

6.2 OGATA in Hilden

Rm. Kittel reichte für die Fraktion BA/CDf folgende Anfrage ein:

Im Runderlass des Ministeriums für Schule und Weiterbildung vom 23.12.2010 zu Ganztagschulen, Ziffer 1.4, wird unter anderem Folgendes ausgeführt:

„Die Kommunen beurteilen im Rahmen ihrer Selbstverwaltung, in welchem Maße, auch im Lichte der haushaltswirtschaftlichen Voraussetzungen, es bedarfsgerecht ist, Plätze in Ganztagschulen oder außerschulischen Ganztags- und Betreuungsangeboten vorzuhalten.“

Laut Sitzungsvorlage 51/097 belaufen sich die jährlichen Gesamtaufwendungen für 30 Gruppen auf rd. 1,9 Millionen Euro, denen Erträge in Höhe von rd. 0,9 Millionen Euro gegenüberstehen, von denen rd. 0,4 Millionen Euro über Elternbeiträge finanziert werden sollen. Die Aufwendungen pro Gruppe betragen im Durchschnitt rd. 62.000 Euro pro Jahr, darunter rd. 56.300 Euro Personalkosten.

Die Versorgungsquote beträgt ab 1.8.2011 rd. 42%.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Stadtverwaltung:

10. **Auf welcher Datengrundlage erfolgt in Hilden die Feststellung des Bedarfs an Ganz-**

tagsbetreuung?

- 11. Wird der bekundete Bedarf lediglich registriert oder erfolgt eine vertiefte Befragung und ggf. anschließende Gewichtung der Ergebnisse? Wenn ja, durch wen und nach welcher Methode?**
- 12. Stellt die Stadtverwaltung fest, ob ein Ganztagsplatz wirklich benötigt oder ob dieser nur gewünscht wird?**
- 13. Aufgrund welcher Kriterien beurteilt die Stadtverwaltung, in welchem Maße das Vorhalten von Ganztagsbetreuungsplätzen bedarfsgerecht ist?**
- 14. Welche Versorgungsquote strebt die Stadtverwaltung an?**
- 15. Welche haushaltswirtschaftlichen Voraussetzungen liegen der Entscheidung der Stadtverwaltung zugrunde, die Ganztagsbetreuung auszubauen? Wer ist an der Ausarbeitung diesbezüglicher Beschlussempfehlungen beteiligt?**
- 16. Sieht die Stadtverwaltung vor dem Hintergrund des strukturellen Haushaltsdefizits, der spätestens 2014 zu erwirtschaftenden Einsparungen von rd. 7,5 Millionen € und der aktuellen Finanzplanung, die bis 2014 von sinkenden Personalkosten ausgeht, die haushaltswirtschaftlichen Voraussetzungen als gegeben an, den Standard der Ganztagsbetreuung nicht nur zu halten, sondern gegebenenfalls noch weiter auszubauen?**
- 17. Mit welchen Erträgen und Aufwendungen für die Ganztagschulen rechnet die Stadtverwaltung bis 2014, bitte aufgeschlüsselt nach Landeszuweisungen, Elternbeiträgen, Personal- und Sachkosten?**
- 18. Die Stadt Hilden besitzt im Kreis eine Sonderstellung, da sie beide Betreuungsangebote – „Verlässliche Grundschule“ (VGS) und „Offene Ganztagschule“ OGS gleichrangig einsetzt. In der Regel wird die VGS im Zuge der Einrichtung der OGS eingestellt. In welchem Zeitraum ist mit der Einstellung der VGS in Hilden zu rechnen?**
- 19. Die Schülerzahlen haben sich deutlich reduziert und werden sich weiter verringern. Bis 2020 wird die Zahl der Kinder im Grundschulalter um ca. 180 zurückgehen, das entspricht rechnerisch etwa acht Klassen; also einer zweizügigen Grundschule. Wie und ab wann gedenkt die Stadtverwaltung die Anpassung des Betreuungsangebots an den demografischen Wandel vorzunehmen?**

6.3 Nächste Sitzung des Umwelt- und Klimaschutzausschusses

Im Hinblick auf die zuletzt abgesagte Sitzung des Umwelt- und Klimaschutzausschusses bat Rm. Buchartz/FL darum, den Ersatztermin noch vor den Sommerferien anzuberaumen.

Ende der Sitzung: 17:25 Uhr

Vorsitzender:

Horst Thiele
Bürgermeister

Roland Becker
Schriftführer/in

Gesehen: